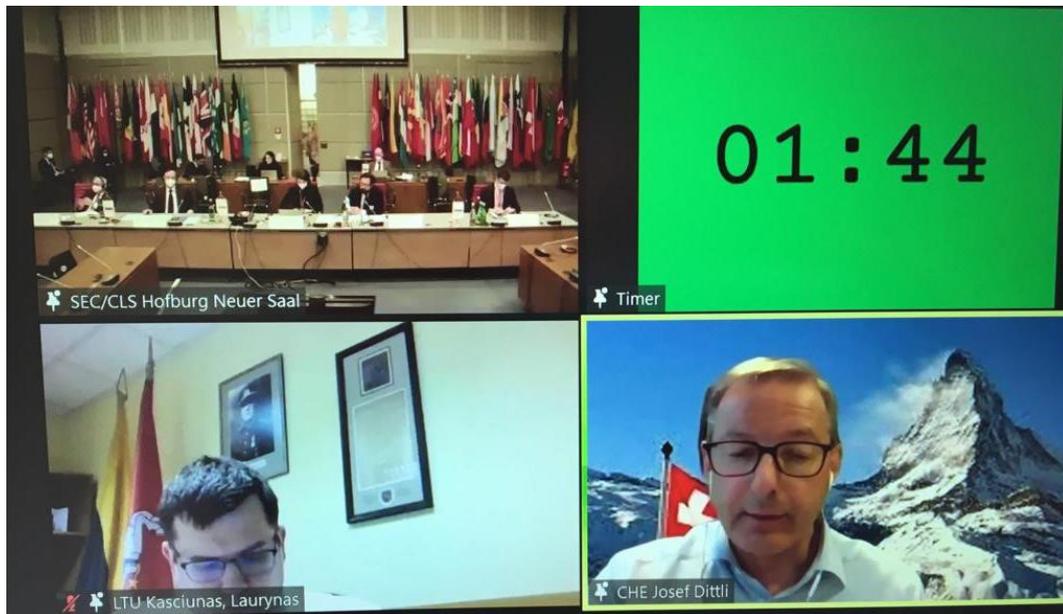


Jahressession der OSZE PV

Schweizer Delegation drängt auf besseren Schutz vor Gewalt

Ratsmitglieder aus der ganzen Welt kommen zur Jahressession der parlamentarischen Versammlung der OSZE PV zusammen. Die Schweizer Delegation will zwei Voten einbringen: Die eine verlangt einen besseren Schutz für Frauen vor häuslicher Gewalt, die andere eine bessere Kontrolle über Sicherheitskräfte.



Weltweit ist schätzungsweise jede dritte Frau Opfer körperlicher Gewalt. Die Täter kommen oft aus der eigenen Familie. 2011 wurde deshalb das [«Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt»](#), kurz Istanbul-Konvention, als europaweit erstes juristisch bindendes Instrument in diesem Bereich verabschiedet.

Seit Ausbruch der Covid-Pandemie hat die häusliche Gewalt jedoch in alarmierendem Ausmass zugenommen, [UN Women](#) spricht gar von einer Schattenpandemie. Und obwohl auch die Türkei die Konvention ratifiziert hatte, trat das OSZE-Mitglied im März 2021 aus der Konvention aus. Deshalb haben die OSZE PV-Delegierten [Nationalrätin Claudia Friedl](#) und [Ständerat Daniel Fässler](#) an der Versammlung vom 30. Juni auf die besorgniserregende Entwicklung hingewiesen: «Es liegt an uns, als Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den OSZE-Mitgliedsländern, unser Möglichstes zu tun, um die beachtlichen multilateralen Anstrengungen zu bewahren oder gar zu verstärken, die bisher zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen unternommen wurden», sagte Friedl.

DEN SICHERHEITSKRÄFTEN AUF DIE FINGER SCHAUEN

[Ständerat und Delegationspräsident Josef Dittli](#) seinerseits wird in der Sitzung vom 2. Juli auf den [OSZE-Verhaltenskodex](#) zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit eingehen. Der Kodex will sicherstellen, dass sich auch Streit- und Sicherheitskräfte an das Menschen- und Völkerrecht halten – bei bewaffneten Konflikten wie auch bei Einsätzen während ausserordentlichen Lagen.

Zusammen mit der OSZE will die Schweiz das [«Geneva Center for Security Sector Governance»](#) (DCAF) mit einer Politikstudie beauftragen. Das DCAF soll untersuchen, ob der [OSZE-Verhaltenskodex seitens der Sicherheitskräfte](#) während der COVID-19-Pandemie eingehalten wird, insbesondere gegenüber der Zivilbevölkerung: «Für uns ist es wichtig, dass

die Sicherheitskräfte Rechenschaft ablegen müssen und ihre Arbeit demokratisch kontrolliert wird, insbesondere in einer globalen Krise wie der COVID-19-Pandemie. Nur so wird die Welt für alle sicherer», sagt Dittli.

NICHT LÄNGER ALS DREI MINUTEN

Die Delegationsmitglieder können individuell entscheiden, ob und zu welchem Thema sie das Wort ergreifen. Bei Themen von nationaler Bedeutung vertreten die Parlamentarier auch die Positionen des [Departementes für auswärtige Angelegenheiten](#) (EDA) oder des [Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport](#) (VBS). Formale Vorgaben gibt es wenige: Nicht länger als drei Minuten sollte die Sprechzeit sein und in einer der offiziellen Landessprachen.

Vor der Pandemie trafen sich die über 300 Parlamentarierinnen und Parlamentarier in einem der Mitgliedsländern, heuer findet das Treffen grösstenteils per Videokonferenz statt. Nur wenige Abgeordnete reisen nach Wien, einer davon der Präsident der Schweizer Delegation, Ständerat Dittli.

Durch Voten wie jene von Claudia Friedl, Daniel Fässler und Josef Dittli sollen andere Parlamente für die Positionen der Schweiz sensibilisiert werden. Umgekehrt bringen die Schweizer Delegationsmitglieder die Ansichten der Partnerstaaten zurück in die nationale Debatte.

ZWEI KANDIDATINNEN IM RENNEN UM DIE PRÄSIDENTSCHAFT

Während dieser Jahressession wird zudem die Nachfolgerin vom Präsidenten der OSZE PV, Lord Peter Bowness (UK) gewählt. Es kandidieren zwei Frauen: Die Norwegerin [Kari Henriksen](#) und die Schwedin [Margareta Cederfelt](#). Die künftige Amtsträgerin wird die politische und organisatorische Ausrichtung der OSZE PV entscheidend mitgestalten. Aufgrund der Pandemie wird elektronisch aus der Distanz gewählt. Um das Fernabstimmungssystem zu ermöglichen, hat die Versammlung eigens ihre Verfahrensordnung angepasst.